

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

In Verlehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 5).

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Geseh!»

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Krieg oder Frieden?

Unter dieser Ueberschrift schreibt die Allgemeine Zeitung: „Friedensstübchen flattern nach allen Richtungen, und soviel scheint sicher zu sein, daß der Wille sämmtlicher heillosen Mächte niemals so stark als jetzt zum Frieden gravitirte. Die Bedingungen, welche Oesterreich, nicht als vermittelnde Macht, sondern als Organ der drei Decemberverbündeten, in Frankreich, England und im eigenen Namen eben jetzt in Petersburg hat vorlegen lassen, sind von einem Geiste der Mäßigung dicirt, der ihr bester Fürsprecher sein muß; die drei Großmächte bieten Rußland den Frieden unter Bedingungen, welche der durch den Krieg herbeigeführten Sachlage vollkommen entsprechen, und nichts Anderes und nichts mehr verlangen, als daß Rußland durch einen Vertrag seinerseits sanctionire, was thatsächlich bereits errungen worden. Es ist wahr, Rußland ist nicht besiegt, aber es ist ebenso wahr, Rußland hat keine Hoffnung, das Verlorene zurückzuerobern, und jede weitere Anspannung seiner Kräfte könnte sie zum Brechen bringen. Sollen wir es nochmals aussprechen, daß Rußland längst Frieden gemacht, wenn es auch Deutschland entschlossen gesehen hätte, für die vier Punkte nöthigenfalls mit dem Schwert einzustehen, die es durch den Beschluß der Bundesversammlung vom 9. Dec. 1854 als die Grundlagen zur Anbahnung eines festen und gesicherten Friedens anerkannt, und von denen es insbesondere die beiden ersten auch von dem Standpunkte der deutschen Interessen sich ausdrücklich angeeignet? Dürfen wir hoffen, daß Deutschland jetzt wenigstens sein ganzes, sein entscheidendes Gewicht in die Waagschale werfe? Die Friedensgrundlagen sind noch immer dieselben, und die Wahrung der deutschen Interessen ist in den nach Petersburg übermittelten Vorschlägen sorgfältig in Bedacht genommen worden. An dem Muth, den Heeren des Feindes sich entgegenzustellen, an dem Muth zum Kriege gerichtet es Rußland nicht, aber es bedarf des Muthes, den ehrgeizigen, selbstsüchtigen und fanatischen Velleitaten daheim entgegenzutreten, es bedarf des Muthes zum Frieden, und diesen Muth wird ihm vor allen Dingen die entschiedene Haltung Deutschlands geben, das seinen Beruf, die europäische Ordnung und das politische Gleichgewicht zu schirmen, nie in schönerer Weise betheiligen kann. Leider scheinen wir auf Hoffnung verzichtet zu müssen, Preußen Seite an Seite mit Oesterreich seine Stellung nehmen zu sehen, aber dagegen sind alle Anzeichen vorhanden, daß die deutschen Mittelmächte die Sachlage dazu angethan erachten, ihrerseits der Pflicht einer nicht bloß auf Phrasen gestützten Einwirkung auf Rußland im Sinn und zu Gunsten des Friedens sich nicht länger zu entziehen. Eine Bürgschaft für die Wiederherstellung des Friedens ist damit nicht gegeben; aber ihr Auftreten wird zweifelsohne eine wesentlich verstärkte Aufforderung an Rußland sein, die ihm nochmals dargebotene Gelegenheit, einen ehrenvollen Frieden zu schließen, nicht aus den Händen zu lassen; sie möchte in solcher Weise nicht wiederkehren. Das nächste Frühjahr findet Rußland im Frieden mit den Westmächten oder im Kriege auch mit Oesterreich; denn Krieg ist, wenn auch dieser Friedensversuch gescheitert, das einzige Wort, was Oesterreich noch sprechen kann. Deutschland aber, wenn es den Frieden will, muß eventuell sich entschlossen zeigen, den Krieg zu wollen; im andern Falle wird es den Frieden nicht haben und den Krieg wollen müssen; ein Drittes gibt es nicht.“

Deutschland.

Preußen. — Berlin, 4. Jan. Der Landrath v. Gottberg zu Stolp hat die Petition der Kreisversammlung des Stolper Kreises, betreffend die Wiedereinführung der körperlichen Bückigung, dem Hause der Abgeordneten überreicht. Ferner sind dem Hause der Abgeordneten noch zwei andere Petitionen desselben Inhalts zugegangen, die eine aus dem Kreise Krotoschin, die andere aus Köslin. Wichtig ist es, daß die letztere Petition von dem Abg. v. Gerlach übergeben worden ist; denn wenn man die Uebernahme einer Petition durch einen Abgeordneten einem Aneignen derselben schon an und für sich gleichzuachten pflegt, so würden bei Hrn. v. Gerlach auch ohne einen solchen Auftrag die wärmsten Sympathien für die Wiedereinführung des Stocks wol nicht zu bezweifeln sein, und die Uebernahme der betreffenden Petition durch Hrn. v. Gerlach kann darum wol in doppelter Beziehung als Beweis dienen, daß die Rechte, mit Hilfe ihrer Majorität, auch diesen Gegenstand endlich wieder zu „ordnen“ gedenke. Die Petition aus Köslin und die andern betreffenden Eingaben haben aber für die Rechte das Gute, daß sie dieselbe der Initiative zur Wiedereinführung der im Volksgeiste grundverhaßten Maßregel überheben; denn die Rechte ist es nun nicht, welche den betreffenden Antrag stellt, sondern die Justizcommission thut es auf Grund der eingegangenen Petitionen. Es ist freilich abzuwarten, was die Justizcommission beantragen wird; es ist aber auch auf die Thatsache hinzuweisen, daß in der ganzen Justizcommission sich nur ein liberales Mitglied (Wengel) befindet. Neben

diesem dürfte auch noch ein anderes interessantes Thema aufs Tapet kommen. Was von den Jagdverordnungen von 1848 noch übrig ist, ist den Rittersn fortwährend ein Dorn im Auge gewesen, und es wird darum durch die hierauf bezüglichen Petitionen, welche bei dem Hause der Abgeordneten eingegangen sind, der Nechten Gelegenheit gegeben sein, auch diesem Gegenstande eine entsprechende Remedur angedeihen zu lassen. Ein Frhr. v. Zuydtwyck aus dem Regierungsbezirk Minden beantragt nämlich die „Zurückgewährung des Jagdrechts an diejenigen Berechtigten, denen es durch das Gesetz vom 31. Oct. 1848 entzogen worden ist“, ein Anderer beantragt kurzweg „die Beseitigung des Jagdgesetzes vom 31. Oct. 1848“, ein Dritter, der Major und Landrath a. D. v. Fabek zu Jablonken, schlägt vor, „die durch das neue Jagdgesetz begangene Ungerechtigkeit dadurch gutzumachen, daß der Neuberechtigte, nicht aber der Altberechtigte durch Selbstentschädigung vergütet werde“ u. Auf Erlass von Ausfuhrverboten, Schließung der Brennereien und Einschränkung der Branntweinfabrikation sind ebenfalls mehrere Petitionen eingegangen, die sich jedoch, im Hinblick auf die handelspolitischen Principien, zu welchen die Regierung sich in dieser Beziehung bekennt, voraussichtlich keine Berücksichtigung finden werden. Uebrigens liegt den betreffenden Petitionen auch nicht immer die gegenwärtige Theuerung, sondern zuweilen auch eine gewisse religiöse Anschauung zugrunde, wie z. B. der mit 1058 weiteren Unterschriften versehenen Petition eines Pastors in Barmen. Die Petitionen von Subalternbeamten um Erhöhung ihrer Gehalte sind sehr zahlreich; dieselben finden in dem bekannten, an die Commission zur Prüfung des Staatshaushaltsetats wieder zurückgegangenen Antrag des Abg. v. Kleist-Tychow ihre Erledigung. Was den jüngst bekannt gewordenen Antrag des Abg. Diergardt, die Einführung des Tabaksmonopols betreffend, angeht, so ist das Aufsehen, welches derselbe in der ganzen theilhaftigen Handelswelt hervorruft, natürlich sehr begreiflich; die mannichfachen Besorgnisse aber, die sich von vielen Seiten an diesen Antrag knüpfen, müssen als ungerechtfertigt bezeichnet werden. Der Antrag ist gewiß gutgemeint, aber an ein Durchgehen desselben und vollends an ein Aneignen des betreffenden Principis von Seiten der Regierung ist nicht zu denken. Wir wollen hier nicht hinweisen auf die Bedeutung der Tabakfabrikation in Preußen und auf das Sonderbare oder vielmehr Himmelschreiende, welches darin läge, wenn man den bestehenden Etablissements mit einem male von Staatswegen Einhalt gebieten wollte, denn es kann, dem betreffenden Antrage gegenüber, vollkommen genügen, wenn wir hervorheben, daß die Regierung aus handelspolitischem Grundsatze die Freiheit der Gewerbe und der Industrie nicht beeinträchtigen will, und daß sie, wenn dem auch nicht so wäre, auch noch aus einem andern naheliegenden Grunde gegen eine solche Assimilirung mit dem in Oesterreich herrschenden Princip die tiefsten Bedenken haben müßte. Auf der Tagesordnung für nächsten Montag, wo die Sitzungen des Hauses der Abgeordneten wieder beginnen, steht die Bekanntmachung der nach der Schlußsitzung am 17. Dec. noch vollzogenen Commissionwahlen und die Wahl des definitiven Präsidenten und der Vicepräsidenten.

Die englische Presse läßt jetzt ihre ganze Galle über Preußen aus, und zwar in einer Weise, wie es in den betreffenden frühern Expectorationen noch nicht geschehen. Die Times sprach vor einigen Tagen von der Aufstellung einer Armee von 100,000 Mann am Rhein, und in ähnlicher Weise sagt jetzt die Morning Post, Berlin liege den Westmächten näher als Moskau. Wir wollen die betreffenden Artikel hier nicht beleuchten, sondern nur das Gefühl bezeichnen, welches dieselben veranlaßt hat. Das ist das Gefühl des Mißvergnügens über zwei Punkte, einmal darüber, daß Preußen sich gehütet hat, die westmächtl. Friedensvorschläge speciell zu unterstützen und dadurch sich dieselben mehr oder weniger anzueignen, und dann darüber, daß der gehoffte Friede nach allem Anschein nicht zustande kommt. In dem letztern Punkte liegt das eigentliche Interesse, welches die betreffenden Auslassungen für uns haben können; denn was die Drohungen u. betrifft, so ist in den englischen Blättern bekanntlich schon vieles Derartige gesagt worden, worüber die Welt gleichwol ganz beruhigt bleiben konnte. In Paris sind die Friedenserwartungen ebenfalls bereits bis auf den Gefrierpunkt gesunken. Theils kommt diese Anschauung bereits zum Vorschein in den officiösen pariser Correspondenzen; stärker aber ist dies noch in den Kreisen der französischen Diplomatie selbst der Fall. Man spricht unter Anderm auch bereits davon, daß man in Paris die Abhaltung eines großen Kriegsraths beabsichtige, an welchem die Obergenerale und die Admirale der vereinigten Armeen und Flotten theilnehmen sollten, mit dem Beisatze, daß mit der Ausführung des betreffenden Projectes nur gewartet würde, bis das Resultat der Unterhandlungen, welche gegenwärtig noch in Petersburg geführt werden, in bestimmter Weise vorliege. Die Berichte aus Stockholm sind für diejenigen, welche geglaubt haben, der jüngst veröffentlichte Vertrag zwischen Schweden und den Westmächten enthalte keine